



Nr. 31. Mittag-Ausgabe.

Achtundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Freitag, den 19. Januar 1877.

Deutschland.

Berlin, 18. Januar. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Kreisgerichts-Director a. D. Larz zu Wehlau und dem Landrat a. D. Overweg zu Letmathe im Kreise Herlohn den Roten Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife; dem Capitän-Lieutenant Strauch, dem ersten Pfarrer Blum zu Creuznach und dem Kreis-Secretär a. D. Bornemann zu Nösenrode im Kreise Wernigerode den Roten Adler-Orden vierten Klasse; dem Superintendenten a. D. Pfarrer Dr. Walz zu Königsberg i. Pr. den Königlichen Kronen-Orden dritter Klasse; dem Districts-Arzt a. D. Rothner zu Hergenroth im Kreise Eupen, bisher zu Wagweiler im Kreise Prüm, den Königlichen Kronen-Orden vierte Klasse; sowie dem Oberförster Schubert bei der Provinzial-Irrenanstalt zu Bunzlau das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen.

Se. Majestät der König hat den Regierungs-Assessor Emil Friedrich Stephan von Tempelhoff in Posen zum Landrat; den Regierungs-Assessor Christian Conrad Alexander Wenderhold zum Landrat des Kreises Simmern; den Pfarrer Wilhelm Ludwig Bernhard Hermann Kober in Kitz zum Superintendenten der Diocese Lenzen, Regierungsbezirk Potsdam; und den Pfarrer Rudolf Hermann Emil Engels in Flieth zum Superintendenten der Diocese Breslau I. ernannt.

Der Kaiserliche Consul Blücher in Galatz ist auf sein Ansuchen in den Ruhestand versetzt und der Vice-Consul Dr. J. Reich mit der provisorischen Verwaltung des Consulats betraut worden.

Dem Landrat Emil Friedrich Stephan von Tempelhoff ist das Landratsamt im Kreise Posen übertragen worden. — Der Referendar Olsender aus Aachen ist zum Advocaten im Bezirk des königlichen Appellationsgerichtshofes zu Köln ernannt worden.

[Hoftrauer.] Der königliche Hof legt heute für Ihre königliche Hoheit die Prinzessin Carl von Preußen die Trauer auf vier Wochen an. Die Damen erscheinen in schwarzen Kleidern, und zwar die ersten 14 Tage in schwarzem Kopfschutz mit schwarzen Handschuhen und schwarzen Fäden, die letzten 14 Tage in weißem Kopfschutz mit weißen Handschuhen und weißen Fäden, die letzten acht Tage aber mit Blonden. Wegen des Anzuges der Herren wird auf die diesfälligen allerhöchsten Bestimmungen vom 8. Februar 1862 Bezug genommen. Berlin, den 18. Januar 1877. Der Ober-Ceremoniemeister: Graf Stillfried.

[Prinzessin Carl.] Der „Reichs- und Staats-Anzeiger“ bringt folgenden Nachruf:

Durch das heute früh 7½ Uhr nach dem unerhörlichen Rathschluß Gottes erfolgte Ableben Ihrer königlichen Hoheit der Frau Prinzessin Marie Louise Alexandrine, Gemahlin des Prinzen Carl von Preußen, geborenen Herzogin zu Sachsen, sind zunächst Se. Majestät der Kaiser und König, Ihre Majestät die Kaiserin und Königin, Durchlauchtige Schwester der Hohen Verstorbenen, der Durchlauchtige Gemahl, die Durchlauchtigen Kinder, Schwieger- und Enkelkinder und das ganze Königliche Haus in die tiefe Betrübnis versezt worden.

Ihre königliche Hoheit die hochselige Frau Prinzessin hatten bis in die neuere Zeit Sich einer außergewöhnlichen Gesundheit und Rüstigkeit zu erfreuen gehabt. Erst vor wenigen Wochen zeigten sich Symptome eines inneren Leidens, das bald eine ernste Wendung nehmen sollte und nach seinem Sieze für ärztliche Wissenschaft unerreichbar sich erwies. Die bei andauernd mangelndem Schlaf schnell eintretende Abnahme der Kräfte ließ schon vor einigen Tagen über den nun erfolgten betrübenden Ausgang der Krankheit kaum noch Zweifel zu.

Ihre königliche Hoheit waren als die älteste Prinzessin-Dochter des verstorbenen Großherzogs Carl Friedrich von Sachsen und weiland Ihrer Kaiserlichen Hoheit der Großherzogin Maria Paulowna, Großfürstin von Russland, am 3. Februar 1808 geboren, vermählten Sich am 26. Mai 1827 mit des Prinzen Carl von Preußen königlicher Hoheit und würden, wenn nicht eine höhere Macht es anders gefügt und kurz vor Vollendung ihres 69. Lebensjahres Sie abgerufen hätte, in wenigen Monaten das Fest der goldenen Hochzeit mit dem Rückblick auf 50 Jahre einer glücklichen Ehe gefeiert haben.

Ihre königliche Hoheit waren Dame des Luisen-, des Johanniter-Ordens und des Verdienstkreuzes für Frauen und Jungfrauen, stilles Wohlthun gewährte Ihnen Freude und innere Befriedigung und in den letzten glorreichen Kriegsjahren wandten höchst dieselben Ihr hohes Interesse besonders den Lazaretten zu. Mehrere wohlthätige Vereine und Anstalten erfreuten sich Ihres besonderen Schutzes.

Die Armee verlor in Ihr den Chef des 1. Westfälischen Feld-Artillerie-Regiments Nr. 7.

Wohin Ihre Wirksamkeit reichte, da wird Ihr Verlust eine schmerlich und tief empfundene Lücke zurücklassen.“

Berlin, 18. Jan. [Die Kronprinzipal Herrschaften] besuchten im Laufe des gestrigen Vormittags Ihre königliche Hoheit die Prinzessin Carl. Später empfingen die höchsten Herrschaften den Besuch Ihrer königlichen Hoheiten des Großherzogs von Sachsen, der Landgräfin hessischen Herrschaften und der Prinzessin Luise von Preußen. Gegen Abend waren Ihre Kaiserlichen und königlichen Hoheiten abermals zum Besuch bei Ihrer königlichen Hoheit der Prinzessin Carl.

(Reichsanz.)

[Patente.] Das dem Civil-Ingenieur und Baumeister Johannnes Gutermuth zu Berlin unter dem 7. Februar 1874 auf die Dauer von drei Jahren und für den Umfang des preußischen Staats ertheilte Patent auf eine durch zwei Zeichnungen und Beschreibung nachgewiesene Vorrichtung zum Pressen von Ziegeln und trocknen Körnern, ohne demanden in Anwendung bekannter Theile zu beschränken, ist auf ferner zwei Jahre — also bis zum 7. Februar 1879 — verlängert worden. Dem Kaufmann und Fabrikanten Friedrich Eduard Schötz zu Magdeburg ist unter dem 14. Januar 1877 ein Patent auf ein Verfahren zur Auseidierung von Stoffverbindungen in der Melassenschlämpe auf drei Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preußischen Staats ertheilt worden.

○ Berlin, 18. Januar. [Prinzessin Carl. — Professor Gneist. — Bestätigung. — Die Pariser Ausstellung.] Der Telegraph wird Ihnen schon gemeldet haben, daß die Prinzessin Carl heute Morgen um 1/2 Uhr gestorben ist. Der Tod hat das königliche Haus in tiefe Trauer versetzt. Nicht blos das Verhältniß zwischen der Kaiserin und ihrer Schwester war ein inniges, sondern auch der Kaiser hatte eine große Zuneigung zu seiner doppelten Schwägerin und schenkte ihr großes Vertrauen. Auch sonst hatte die Prinzessin nur Freunde in der Stadt, keinen Feind. Der Trauerafall macht selbstverständlich einen Verzicht auf alle Hoffestlichkeiten notwendig; auch das Ordensfest wird voraussichtlich verschoben, demnächst aber in beschränkter Weise, nämlich blos durch die Verkündigung der verliehenen Orden und durch die kirchliche Feier zur Ausführung gelangen.

Der Subscriptionsball im Opernhaus fällt gleichfalls aus, desgleichen unterbleiben die vorbereiteten Festlichkeiten beim Kriegsminister und bei anderen hohen Beamten. Die Beisetzung der Leiche wird vielleicht am Montag, vielleicht erst am Dienstag in der hergebrachten Weise stattfinden. — Professor Gneist, der bekanntlich nächst dem Präsidenten Persius als erstes Mitglied des Ober-Berwaltungsgesetzes ernannt worden, hat, wie verlautet, seine Entlassung beantragt, weil die eingetretene Erweiterung der Geschäftstätigkeit des Gerichts ihm bei seiner Lehrtätigkeit und bei seiner parlamentarischen Wirklichkeit hinderlich sein würde. — Die durch den schlesischen Provinzial-Landtag vollzogene Wahl des früheren Landwirtschaftsdirectors Uthmann zum Landesdirektor von Schlesien ist allerhöchst bestätigt worden. — Aus Paris sind nach dem „Journal off.“ 7000 Anmeldungen zur

Pariser Ausstellung erfolgt. Über die Anmeldungen aus den Provinzen wird nur gemeldet, daß täglich 1000 bis 1500 Bulletins anlangen. Die Ermahnungen der Presse zur Theilnahme in regerer Weise sind verständlich genug. Über die Beteiligung des Auslandes schwiegt das amtliche Blatt.

= Berlin, 18. Januar. [Der Tod der Prinzessin Carl. — Die Fachcommissionen. — Landtagsvorlagen.]

Vom Palais des Prinzen Carl herab weht die prinzliche Fahne seit diesem Morgen am halben Mast; damit ist dem Publikum das Zeichen gegeben, daß die Besitzerin des Palastes, die Frau Prinzessin Carl, ihren Leiden erlegen ist. Die Prinzessin starb heute Morgen zwischen 7 und 8 Uhr. Der Krankheitszustand hatte sich gestern noch einmal zum Besseren gewandt. Die hohe Kranken erwachte Abends aus einem längeren Schlaf und war erschaut, die sämmlichen Mitglieder ihrer Familie um sich versammelt zu sehen, sie erklärte, sich wohler zu befinden als seit den letzten Tagen. Bald darauf verließ die Prinzessin wieder in Schlaf, aus welchem sie jedoch um 3 Uhr früh mit sehr heftigen Schmerzen erwachte, nach weiteren 5 Stunden war sie von ihren Leiden erlöst. Das Testament sollte heute Nachmittag zwischen 2 und 3 Uhr geöffnet werden, wahrscheinlich werden daraus sich die Bestimmungen über das Begräbniss ergeben. Am Hofe herrscht, wie sich denken läßt, tiefe Trauer. Ganz besonders schmerlich sollen der Kaiser und die Kaiserin ergriffen sein. Den Kaiser sah man bereits heute früh nach 8 Uhr im Palais des Prinzen Carl. Vor demselben bewegte sich während des ganzen Tages in diesem Schweigen eine große Menschenmenge, viele Personen sah man in das Palais eintreten, um ihre Namen zur Beileidsbezeugung einzuschreiben. Die kgl. Theater bleiben auf 3 Tage und am Tage der Beerdigung geschlossen. Die Hoffeste während der ganzen Saison bis zum Geburtstage des Kaisers sind abgesagt, auch von anderen Privatfestlichkeiten, welche von Corporationen veranstaltet werden, Juristenbällen, Opernbällen ist Abstand genommen. Die auf derartige Festlichkeiten angewiesenen Industriezweige erleiden, bei der ohnehin stillen Geschäftszzeit, hier in Berlin erheblichen Schaden. — Die Fachcommissionen im Abgeordnetenhaus werden morgen Vormittag gewählt und constituit werden, im Wesentlichen hat eine Vereinbarung über die Wahlen nach den bisher beobachteten Prinzipien und unter Ausschließung der Parteisehden stattgefunden. An die Budget-Commission wird höchst wahrscheinlich das ganze Extraordinarium des ganzen Staatshaushaltsets überwiesen werden, während man das Ordinarien in Plenum berathen will. Es wird von allen Seiten angenommen, daß sich das Material, welches dem Landtag vorgelegt worden ist, bis Ende Februar wird erledigen, ein Zusammenarbeiten des Landtages mit dem Reichstag, wenn auch nur auf wenige Tage beschränkt, sich nicht wird vermeiden lassen. — An neuen Vorlagen ist dem Abg.-Hause zugegangen der Gesetzentwurf über die Umzugskosten der Staatsbeamten, eine Angelegenheit, welche im vor. Jahre beide Häuser beschäftigt hat, damals jedoch wegen des Sessionsschlusses unerledigt geblieben ist. Der Entwurf umfaßt 12 Paragraphen und erscheint in vielen wesentlichen Punkten nach den Beschlüssen des Landtages vom vorigen Jahre umgestaltet. — Ferner liegt vor ein Gesetzentwurf über die Einstellung der Erhebung der Meßabgabe zu Frankfurt a. M. und ein Entwurf, betreffend die nach dem Gesetz über die Kosten in Auseinandersetzungssachen zu gewährenden Taggelder, Reisekosten und Fehlzulagen.

■ Berlin, 18. Januar. [Rußland vor dem Kriege. — Zur Conferenz über die Nogat-Ueberschwemmung. — Prinzessin Carl †. — Vorstand der Fortschrittspartei. — Der „Reichsanz.“ über die Wahlergebnisse. — Trossendorf. — Die Handwerkerpartei in Berlin.]

Über die weiteren diplomatischen Schritte, welche Russland nach dem Aufbrüche der Conferenz zu unternehmen gedenkt, herrscht hier beinahe völliges Dunkel. Die meist verbreitete Version ist die, daß Ignatieff unter Beobachtung aller conventionellen Formen sich vom Sultan beurlauben und zu erkennen geben wird, daß die weiteren Entschlüsse seiner Regierung erfolgen werden, sobald er dem Czar persönlich vortrag über die Gesamtergebnisse der Conferenz gehalten habe. Auf diese Weise hoffe man die kriegerische Entscheidung bis zum 1. März hinauszuschieben und so den Winterfeldzug an der Donau zu vermeiden. Nach einer anderen Version würde Russland im Interesse des Friedens sich mit den von der Türkei bisher gemachten Concessions begnügen. Wie sich dies mit der Großmachtstellung Russlands vertragen würde, ob der slavische Fanatismus nicht Anlaß fände, sich gegen die Dynastie selbst zu kehren, das sind Dinge, die hier verschieden beantwortet werden. Gerade von eingeweihter Seite findet man in der Person des Czars die Gewähr für eine friedliche Politik um jeden Preis. Seine Gesundheitsverhältnisse sind zwar nicht beunruhigend, nur eine Schwäche und Apathie hat sich des russischen Monarchen bemächtigt, die ihn jedes entschlossene Aufschwunges unfähig macht. Fürst Gortchakoff, welcher jetzt schon 79 Jahre zählt, möchte die Politik seines Caisers nicht in panslavistische Bahnen lenken, welche offenbar die Nation verlangt. Er suchte mit den alten diplomatischen Künsten die europäischen Höfe gegen die Türkei zu raillieren, und wenn ihm dies bis zu einem gewissen Grade in der Conferenz gelungen ist, so bleibt nach dem Aufbruch derselben die Orientfrage ebenso ungelöst, wie vorher. Diesen Stand der Dinge kann aber die Orientpolitik Russlands nicht ertragen und das Petersburger Cabinet wird bis zum Frühjahr mit den Mächten die Begrenzung des Kriegstheaters in der Türkei feststellen und dann unmittelbar zur Action schreiten. Es bleibt noch abzuwarten, welche militärische Anordnungen Österreich treffen wird, sobald die russischen Truppen den Pruth überschreiten. — Zu unserem gestrigen Bericht über die Conferenz im landwirthschaftlichen Ministerium aus Anlaß der Ueberschwemmung der Nogatniederungen erhalten wir noch einige wertvolle Ergänzungen. Die Conferenz besprach zunächst das große Weichselregulierungsprojekt. Man kam darin überein, daß die zu diesem Zweck ausgearbeiteten Entwürfe und die Vorschläge der Deichcommunen in einer Denkschrift beleuchtet werden sollen, welche der landwirthschaftliche Minister in 3—4 Wochen publiciren wird, so daß die Interessenten Gelegenheit erhalten, sich darüber zu äußern. Zur Abhilfe der augenblicklichen Calamitäten an der Nogat glaubte man nur solche Maßregeln empfehlen zu dürfen, welche mit dem großen Projekt im Einklang stehen. Daher unterbleibt wahrscheinlich der Wetterbau der im vorigen Jahre begonnenen Leitedeiche und man beschränkt sich in diesem Jahre auf die Beseitigung der Flügeldeiche

bei Mörlund und der Klossowker Kampe. Wir hören weiter, daß die Conferenz über die Zweckmäßigkeit des Durchstichs vom Danziger Haupt bis zur Ostsee einstimmig gewesen ist und daß dieselbe eine Canalisirung und Couplirung der Nogat der Regulirung dieses Stromes vorziehen zu müssen glaubt. Die Conferenz hat auf die Beteiligten den Eindruck gemacht, als ob die Staatsregierung entschlossen ist, mit Energie und Aufwendung aller erforderlichen Mittel die Frage der Weichselregulirung zu lösen. Was die Kosten anlangt, so sind dieselben nach dem Anschlage sehr ansehnlich. Die Einbringung eines Nothstandsgegesetzes wurde allerdings angeregt, aber die Vertragung beschlossen, weil die weiteren Eventualitäten der Ueberschwemmung, sowie die bisherigen Schädigungen noch nicht übersehen werden können.

Außer dem Minister Dr. Friedenthal und den schon gestern genannten ost- und westpreußischen Abgeordneten wohnten der Conferenz der Ministerialdir. Marcardt und der Geh. Rath Dannemann bei. — Der 18. Januar ist schon wieder zu einem Gedächtniß der königlichen Familie geworden, diesmal allerdings zu einem Gedächtniß der Trauer. Heute Morgen ist die Prinzessin Carl, die in wenigen Monaten ihr goldenes Hochzeitfest feiern wollte, aus dem Leben geschieden. Die königl. Theater zeigten bereits am Vormittag durch Anschlagzettel an den Säulen an, daß sie drei Tage geschlossen sind. — Die Fraction der Fortschrittspartei des Abgeordnetenhauses hat sich gestern constituit und zu ihren Vorstandsmitgliedern die Abg. Dr. Birchow, Windhorst (Bielefeld), Dr. Hänel, Dr. Bender, Klop (Berlin) und zum Schriftführer den Abgeordneten Dröse gewählt. Wie wir hören, wird eine vom Vorstand autorisierte Erklärung über die Stellung der Partei zu anderen Parteien den Journalen zugehen. Gleichzeitig bezweckt dieselbe die Dementitur jener Gerichte, welche sich über eine Cooperation der Fortschritts-Partei und des Centrums bei den Präsidenten-Wahlen und den bevorstehenden engeren Reichstagswahlen ausspielen. — Es ist noch nicht darauf aufmerksam gemacht worden, wie überaus unzuverlässig die Zusammenstellung ist, welche der offizielle „Reichs- und Staatsanzeiger“ von den amtlichen Resultaten der Reichstagswahlen gibet. Während z. B. das „Dresd. Journ.“ schon am Abend des 15. das Verzeichniß der sächsischen Abgeordneten ganz correct gab, spricht der „Reichsanz.“ noch am Abend des 16. von engen Wahlen zwischen Schwarze und Liebknecht, Ackermann und Auer, Richter und Nauert u. s. w. Vom 10. badischen, 12. und 15. elsaß-lothringischen Wahlkreis wußte er noch nichts, obgleich die Berliner Blätter schon die vollständigen Resultate am Morgen gebracht hatten. Bei den letzten Reichstagswahlen dauerte es sieben Monate, bis das amtliche Blatt in einer besonderen Beilage statistische Nachweisen über die Zahl aller und der für jeden einzelnen Candidaten abgegebenen Stimmen mittheilte, die ein ungewöhnliches Interesse erregten. Diesmal ist Vorsorge getroffen, daß die betreffende Publication frühzeitig erfolge. Hat doch auch der Bureau-Director des Abgeordnetenhauses die Nachweisung über die Scrutinen der Wahlmänner, welche sonst erst spät im Laufe der Session zu erfolgen pflegte, schon jetzt veröffentlicht, allerdings begünstigt durch den zehnwöchentlichen freien Raum zwischen den Wahlen und der Eröffnung des Landtages. — Von einigen Blättern wird mittheilt, daß der Staatsanwalt Trossendorf zum Präsidenten des Ober-Appellationsgerichtes zu Stettin befördert werden soll. Dem Vernehmen nach ist diese Nachricht unbegründet. — Die Handwerkerpartei, welche es bekanntlich am 10. Januar hier in Berlin auf 3—4000 Stimmen brachte, hält heute Abend eine (übrigens nicht öffentliche) Versammlung in der „Villa Colonna“, um über ihre Haltung bei den engeren Wahlen zu berathschlagen. Entgegen der bisherigen Annahme, daß die hiesigen Zünftler sich im Zweifelsfalle der Fortschrittspartei anschließen würden, verlautet jetzt mit Bestimmtheit, daß einer der Führer, der bekannte Herr Brandes, im Vorstand den Antrag gestellt hat, sich am nächsten Freitag der Stimmabgabe enthalten zu wollen. Dagegen wird gerade der andere in Frage kommende Candidat, Herr Bierberg, im Widerspruch mit der Nachrichten der heutigen Morgenblätter, für ein Zusammensehen mit der Fortschrittspartei plaidieren.

[Antrag.] Wie man der „M. Z.“ mittheilt, hat der Abg. Mühlbeck als Mitglied der Fortschrittspartei seiner Fraction einen Antrag überwiesen, nach welchem die Fortschritts- und die national-liberale Fraction sich für die bevorstehenden Stich- und Neuwahlen über ihre Wahlstruktur verständigen sollen. Der Mühlbeck'sche Antrag will, daß in der Stichwahl derjenige Candidat, welcher die meisten Stimmen erhält, von den Wählern beider Parteien ausschließlich unterstützt werde; jedoch sollen conservative und ultramontane Candidaten nicht unterstützt werden.

[Bescheid.] Von dem Auswärtigen Amt ist an die Herren Dr. S. Krisseller und H. B. H. Goldschmidt, welche eine von der Israelitischen Conferenz (Paris 11. bis 15. December 1876) zu Gunsten der Israeliten im Orient ausgearbeitete Petition im Namen der deutschen Delegirten an unsere Regierung überreicht haben, folgende Antwort ergangen:

Auswärtiges Amt.

Berlin, den 7. Januar 1877.
Der Herr Reichskanzler hat von Ew. Hochwohlgeboren gefälligem Schreiben, d. d. Berlin, den 31. December v. J., nebst den Anlagen, sowie von meinem Bericht über Ihre mündlich hinzugefügten Erklärungen mit vielem Interesse Kenntniß genommen und die Ueberweisung des für die Mitglieder der Conferenz in Konstantinopel bestimmten Schriftstückes an den deutschen Vertreter angeordnet. Die kaiserliche Regierung wird gern den Wünschen hinsichtlich gleichmäßiger Berücksichtigung der israelitischen Unterthanen in der Türkei mit denjenigen anderer Confessionen ihre Unterstützung leihen und nicht minder, falls die Verhältnisse der israelitischen Bevölkerung in Rumänien und Serbien in den Kreis der Conferenz-Verhandlungen gezogen werden sollten, in demselben Sinne ihre Verwendung eintreten lassen.

Genehmigen Ew. Hochwohlgeboren den Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung.

Der Staats-Sekretär des Auswärtigen Amtes.

(gez.) v. Bülow.

[Aufforderung.] Die „Germania“ fordert heute die ultramontanen Wähler auf, bei den zwischen Forckenbeck einerseits und Hirsch und Klop andererseits vorzunehmenden Stichwahlen für die Candidaten der Fortschrittspartei zu stimmen.

[Sr. Majestät Schiff „Gazelle“] ist telegraphischen Nachrichten zufolge am 17. d. M. Nachmittags in Folge heftigen conträren Windes in Sheerness eingelaufen und beabsichtigte nach Einnahme von Kohlen die Reise nach Plymouth fortzusetzen. — An Bord Alles wohl.

Münster, 17. Jan. [Zu den Stichwahlen.] Der ultramontane „Westf. Merkur“ giebt heute bezüglich der westfälischen Stichwahlen für seine Heerde die Lösung aus. Das letzte Wort lautet: „Also — kein Compromiß mit den Nationalliberalen und noch weniger mit den Socialdemokraten — lieber Wahlnahme.“ Das unsere Lösung!“

Elberfeld, 18. Jan. [Bei der heute hier stattgehabten engeren Wahl] erhielt Kaufmann Prell (nat.-lib.) 14,485, Hasselmann (Social) 14,245 Stimmen. Sonach ist Prell zum Reichstagsabgeordneten gewählt.

Köln, 18. Jan. [Die Conferenzbeschlüsse der europäischen Delegirten.] Die „Köln. Zeitg.“ veröffentlicht die von Lord Salisbury in der Montagskonferenz überreichte abgeänderte Zusammenstellung der Beschlüsse der europäischen Delegirten (resumé mitigé) in einer dem französischen Urtex entsprechenen Übersetzung. Die auf Bosnien, die Herzegowina und Bulgarien bezüglichen Bestimmungen lauten: Die Generalgouverneure dieser Provinzen sollen während der fünf ersten Jahre nach eingeholter Zustimmung der Mächte ernannt werden. Die Provinzen werden in Sandzaks mit Mutesarifs, die auf den Vorschlag der Wall's (Gouverneure) von der Pforte für einen bestimmten Zeitraum ernannt werden und Cantone, Nahles und Mudik mit 5- bis 10,000 Seelen eingeteilt. Es sind Kantonalbehörden zu errichten, die von der Bevölkerung jeder Gemeinde gewählt werden und deren Befugnisse sich auf alle Angelegenheiten erstrecken, die den Canton als solchen angehen. Ferner sollen Provinzialversammlungen eingeführt und deren Mitglieder von den Kantonalräthen auf einen Zeitraum von 4 Jahren gewählt werden. Diese Provinzialräthe haben die Provinzialbudgets nach einem feststehenden Systeme abzugrenzen und einen Provinzial-Verwaltungs-Ausschuß zu ernennen, dessen Entscheidung die Wall's (Stathalter) in allen solchen Fällen einholen müssen, welche die gewöhnliche und einfache Ausführung der Gesetze und Verwaltungsbestimmungen überschreiten und worüber sie des Weiteren an die Pforte berichten können. Was die Verbesserung der Steuerveranlagung betrifft, so sollen die Provinzial- und Kantonalräthe die Vertheilung und Erhebung der Steuern übernehmen. Ausgenommen hiervon sind die Zoll-, Post- und Telegraphengesellschaften, die Tabak- und Alkoholsteuer und die Regie. Die Verpachtung der Steuern und der Nachlass von Steuerrückständen ist verboten. Der Provinzialhaushalt soll für je 5 Jahre auf Grund der Durchschnittserträge festgestellt werden. Ein Theil der Erträge ist zur Verzinsung und Tilgung der öffentlichen Schulden, sowie zu den übrigen Bedürfnissen der Gesamtregierung zu verwenden. Der Überschuss soll den Provinzen verbleiben. Die Reorganisation der Justiz soll im Sinne einer größeren Unabhängigkeit des Richterstandes erfolgen. Die Ernennung der Richter bei den Civil- und Strafgerichten erfolgt durch die Stathalter unter Zustimmung des Provinzialoberwaltungs-Ausschusses; die Mitglieder der Appelläthe werden durch die hohe Pforte selbst auf Vorschlag der Stathalter ernannt. Die Sitzungen sind öffentliche. Die Rechtsprechung der kirchlichen Behörden erfolgt nur in konfessionellen Angelegenheiten. Volkommene Cultusfreiheit wird gewährt. Die Unterhaltung der Geistlichkeit, der religiösen Einrichtungen und der Unterrichtsanstalten geschieht durch die Gemeinde selbst. Gegen gewaltsame Beklehrungen wird Sicherstellung gewährt. Die Landessprache wird mit der türkischen Sprache bei den Landesbehörden gleichgestellt. Die Verwendung irregulärer Truppen wird verboten. Eine nationale Miliz sowie eine nationale Gendarmerie aus Christen und Muselmännern nach dem Verhältnisse der Bevölkerungsziffer werden gebildet. Die Subalternoffiziere werden von den Stathaltern ernannt. Die tscherkessischen Colonien sind verboten. Für die wegen politischer Vergehen verurteilten und verfolgten Christen wird allgemeine Amnestie gewährt. Das Los der ländlichen Gutsbesitzer und kleinen Pächter in Bosnien und der Herzegowina soll verbessert werden. Für den Erwerb von Land und die Wiederherstellung der Staatsangehörigkeit seitens der Ausgewanderten wird eine Erleichterung eintreten. Die Einführung dieser Maßregeln erfolgt innerhalb eines Zeitraumes von drei Monaten. Was die Einsetzung einer Aufsichtsbehörde (Control Commission) angeht, so werden von den Mächten zwei Aufsichtsbehörden eingesetzt werden, um einerseits die Ausführungen dieser Bestimmungen zu überwachen und andererseits die Ortsbehörden für die Aufrechterhaltung der Ordnung und öffentlichen Sicherheit zu unterstützen. Dieselben werden besondere Weisungen erhalten.

Dresden, 17. Jan. [Zu den Stichwahlen.] Der Vorstand des Reichsvereins für Sachsen erlässt folgende Instruction an die Mitglieder:

„Die vielfache Stimmenzersplitterung macht bei den jetzigen Wahlen in sehr vielen Wahlkreisen engere Wahlen nothwendig. Ihre Zahl ist so groß, daß der Gesamtcharakter des künftigen Reichstags lediglich vom Ausfall dieser engen Wahlen abhängt. Deshalb erfreuen wir unsre politischen Freunde in den Wahlkreisen, wo engere Wahlen vorzunehmen sind, hierdurch auf das Dringendste, der Wichtigkeit derselben eingedenkt zu sein und in jedem Fall Mann für Mann sich an denselben zu beteiligen. Wo einer unserer Kandidaten zur engeren Wahl kommt, verfehlt es sich von selbst, daß alle unsre Parteigenossen an der Wahlurne zu erscheinen und unseren Kandidaten zum Siege zu verhelfen haben. Wo aber in der engeren Wahl ein socialdemokratischer Kandidat einem Conservativen oder Fortschrittkandidaten gegenübersteht, laschen wir unsre politischen Freunde, in gleicher Weise sich ausnahmlos zu beteiligen und alle ihre Stimmen auf den dem Socialdemokraten gegenüberstehenden Conservativen oder Fortschrittkandidaten zu vereinigen.“

Leipzig, 14. Jan. 1877.

Der Vorstand des Reichsvereins für Sachsen.

Dr. G. Stenham, Vorsitzender.

Straßburg, 17. Jan. [Zu den Wahlen.] Das „Els. Journ.“ enthält Dankesbriefen der gewählten autonomistischen Abgeordneten an ihre Wähler; am charakteristischsten ist das folgende des Vertreters von Straßburg.

Geehrte Herren Wähler und werthe Mitbürger. Nur dem eigenen Antriebe Ihres Selbstbewußtseins und Ihres Willens folgend, haben Sie mir in der Wahlberhandlung vom 10. Januar die Mehrheit geschenkt. Tiefgründig dankte ich Ihnen für die mir erwiesene Ehre. Ich glaube Sie zu Ihrer offenen Verstärkung desjenigen Princips befürworten zu sollen, dessen Vertreter und Vertheidiger ich Ihnen im Reichstage zu werden versprach und durch welches an die Stelle einer Politik der Einhaltung und des Schweigens eine fruchtbare energische und männliche Wirklichkeit tritt. Das Zutrauen, das Sie mir erwiesen haben, wird mir die Erfüllung meiner Aufgabe erleichtern, und die Abstimmung des ganzen Unter-Elzas, die im nämlichen Sinne wie diejenige der Mehrheit der Straßburgischen Wähler erfolgte, giebt der Vertheidigung unsrer Rechte und Interessen eine Gruppe von eifrigeren Kämpfern. Laßt uns hoffen, theure Mitbürger, es werde aus dieser Abstimmung vom 10. Januar eine neue Aera der Entwicklung und des Fortschrittes hervorgehen. Hoffen wir ferner, daß alle Verwaltungs- und besonders die städtischen Municipalfragen eine befriedigende Lösung finden werden. Was mich betrifft, so werde ich alle zu meiner Verfügung stehenden Kräfte anstrengen, zu diesem Ergebniss zu gelangen, und ich werde keinen anderen Gedanken haben, als mich des so ehrenvollen Auftrages, mit dem mich Ihr Vertrauen bekleidet hat, würdig zu bezeigen. Empfangen Sie, theure Mitbürger, den Ausdruck meiner unbedingten Hingabe.“

Gustav Bergmann, Abgeordneter für Straßburg.

Oesterreich.

Wien, 17. Januar. [Folgen der Demonstrationen für Tschernajeff.] Aus Prag wird gemeldet, daß gestern der bisherige verantwortliche Redakteur des jungen tschechischen Partei-Organs, der Volks-

christlicher Váruk, verhaftet worden ist. Diese Verhaftung ist offenbar eine Folge der excessiven Strafendemonstrationen bei Tschernajeffs Anwesenheit in Prag und deutet darauf hin, wo der Ursprung und die Leitung dieser Demonstrationen zu suchen war. Zugleich wird gemeldet, daß die Untersuchung gegen die bei den lärmenden Strafenseen verhafteten Exzellen auch auf jene Mitglieder des alttschechischen Clubs ausgedehnt worden ist, die an den Orationen für Tschernajeff teilnahmen. Es ergibt sich also daraus, daß die Veranstaltung der Tschernajeff-Demonstration von beiden tschechischen Parteien ausgegangen ist und daß die Jungzechen ihren Gegnern wieder einmal Handlangerdienste geleistet haben. Zugleich erscheint man daraus den Charakter der ganzen Affäre. Wer die nationalen Zustände in Prag kennt, muß zugeben, daß die Entfernung Tschernajeffs im Interesse der Ruhe und Ordnung in der Stadt dringend geboten war. Man weiß aus Erfahrungen, wie solche lärmende Demonstrationen dort auszuarten pflegen. Bereits bei vielen Gelegenheiten steigerte sich die künstlich genährte Aufregung der tschechischen Menge immer mehr und mehr und die Demonstranten hatten nicht mehr genug an den Kundgebungen der Begeisterung, sondern schritten zu Excessen, die gegen die deutsche Bevölkerung gerichtet waren. Es wäre voraussichtlich auch diesmal so weit gekommen, wenn man dem Treiben nicht Einhalt gethan hätte.

Die Veransteller der Orationen für Tschernajeff hatten den ganzen Agitations-Apparat aufgeboten. Der lärmende Empfang und die turbulenten Strafenseen waren wohl vorbereitet und organisiert; Leute, die notorisch im Dienste der tschechischen Parteiführer stehen, brachten die Menge in Fluss und Bewegung und die tschechischen Journale sorgten dafür, daß die Stimmung genährt werde und die erforderlichen Impulse und Schlagworte erhalte. Das war deutlich an den Kundgebungen der Menge zu erkennen, die sich nicht darauf beschränkte, Tschernajeff zu feiern, sondern auch in feindseliger und herausfordernder Weise sich Lust mache. Dazu kamen Widerseitigkeiten gegen die Sicherheitsorgane und eine offene Widerspenstigkeit gegen die zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung getroffenen Anordnungen.

Die tschechischen Führer können nicht die Ausflucht gebrauchen, daß die vorgekommenen Ausschreitungen nur vom Pöbel ausgingen. Sie geben der Menge selbst das Beispiel, indem sie bei den öffentlichen Demonstrationen für Tschernajeff in den ersten Reihen erschienen und an der Seite des Gesetzlosen die Massen haranguierten. Der ehemalige Eigentümer der „Politik“ war im Namen des alttschechischen Clubs der offensichtliche „Macher“ des ganzen Tschernajeff-Rummels, Rieger leistete ihm dabei willige Assistenz. Zeithammer trat in seiner Eigenschaft als Bürgermeister-Stellvertreter auf und stellte sogar, um gegen den Ausweisbefehl zu operieren, beim Stathalter Remonstrationen der tschechischen Bevölkerung in Aussicht — ein Versuch der Einschüchterung, der allerdings gebührend abgesertigt wurde. Sogar Bürgermeister Skramlik vergaß die Pflichten seiner Stellung so weit, daß er sich zur Theilnahme an der unmündigen Komödie verletzen ließ. Alles das läßt den Zusammenhang der ganzen Demonstration klar erkennen. Als die Fälle von Renitenz gegen die Sicherheitsorgane Verhaftungen notig machen, befanden sich unter den Verhafteten solche Leute, die notorisch im Dienste einzelner Parteiführer stehen. Die Aussagen dieser Werkzeuge dürfen auf die eigentlichen intellektuellen Urheber der Demonstrationen zurückgeführt und jene Maßregeln gerichtlichen Einschreitens gegen Mitglieder beider tschechischen Parteien begründet haben, die uns aus Prag gemeldet worden sind. Für die Beurteilung des Wesens der tschechischen Parteizustände hat die Tschernajeffs-Affäre wieder einen charakteristischen Beitrag geliefert. (Pr.)

Schweiz.

Zürich, 16. Jan. [Die Pariser Ausstellung. — Vom Weltpostverein. — Eisenbahnenversteigerungen. — Vom Gotthard-Tunnel. — Aus Zug. — Zur Kompetenzgesetzgebung. — Aus Tessin. — Aus Uri. — Kirchliches. — Die inneren und die äußeren Türken.] Wenn es eine „inopportune“ Idee giebt, so ist es sicherlich die Pariser Ausstellung vom nächsten Jahre. Nach Deutschlands Ablehnung und Österreichs mutmaßlicher Nachfolge glauben wir gar nicht mehr an das Zustandekommen der einstige aufzutrockneten Ausstellung. Auch der Bundesrat soll gar keine Lust haben, für eine Beschickung Seitens der Schweiz einzutreten. — Der Weltpostverein bekommt als neue Mitglieder Brasilien, die holländischen und spanischen Colonien und die britischen Besitzungen Ceylon, Straits Settlements, Labuan, Trinidad, Jamaica, Bermudas-Inseln, British Guyana und Mauritius. Außerdem haben sich noch angemeldet: Japan, Hongkong, die portugiesischen Colonien und Argentinien. — Zum ersten Mal ist in der Schweiz eine Eisenbahn auf die Gant gebracht worden. Die bankerote Linie Bern-Luzern ist in Bern dem Kanton Bern für 8,475,000 Francs zugeschlagen worden, vorbehaltene die Genehmigung des Grossen Rathe und des Volkes. Concurrentin war die aus den Obligationären rasch gebildete neue Aktiengesellschaft, unter den Fittichen der Baseler Handelsbank, welche die Linie der Centralbahn zuschanden wollte. Heftige Streitigkeiten und Proteste gingen der Gant voran. — Die schweizerischen Eisenbahnen hatten im v. J. durchschnittlich 24,343 Fr. Betriebsentnahmen auf den Kilometer oder fast 11 p.C. weniger als im Jahre 1875. — Der Gotthard-Tunnel hatte Ende vorigen Jahres im Firststollen 7436,1 Meter erreicht. — Das Volk von Zug hat seinen Regierungs- und Kantonsrat wieder im conservativ-ultramontanen Sinne bestellt; die liberale Minderheit im Kantonsrat hat sich jedoch um einige Sitze verstärkt. — Die Zürcher haben in den letzten sieben Jahren von 51 cantonalen Vorlagen 40, meist mit sehr bedeutender Mehrheit, angenommen, die Aargauer dagegen von 26 nur 13. Das Aargau ist zwar der schweizerische „Culturkanton“, aber die Aargauer sind ein ganz besonderer Schlag Menschen. — Auf die Tessiner Wahlen vom 21. Jhn sind beide Parteien in ein ganz solides Wahlfieber gerathen. Man hofft auf eine kleine Mehrheit der Liberalen; aber die Pfaffen arbeiten mit Hochdruck, indem sie die Gläubigen mit dem Himmel fördern und mit der Hölle schrecken. — Der Bundesrat hat eine Beschwerde gegen die Regierung von Uri für begründet erklärt; diese hatte einen Vertrag vernichtet, weil er an einem Sonn- oder Festtag abgeschlossen und deshalb in Uri ungültig sei. Der stand dies bundesverfassungswidrig. — Statt des milden Florentini hat das Domkapitel in Chur den fanatischen Weihbischof Will zum Bischof gewählt, in correctem Cadaverhorsam gegen Rom. — In einer Genfer Gemeinde sind Leute vom Gericht zu 10 Fr. Strafe verurtheilt worden, weil sie bei Einsetzung des altkatholischen Pfarrers Trauerfahrten aufgezogen hatten. Man sollte ihnen das unschuldige Trauergeschenk unentgeltlich vergönnt. — Ein hochstrommer Bauernfänger aus Savoyen, Benoit de la Corbiere, hat mit 800,000 Fr. in Genf bankrott gemacht. Von der ultramontanen Geistlichkeit beschützt, plünderte er die Gläubigen, aber auch ihre Geistlichen, gab Spizeder'sche Zinsen und verspielte das Geld an der Börse. — Unter dem Titel: „Die inneren und die äußeren Türken“ hat der bekannte russische Publicist Dragomanoff in Genf eine Schrift herausgegeben, in welcher das „heilige“ Russland gar

schlecht wegkommt und dessen starke innere Fäulnis bloß gelegt wird. Es wird da als Heilmittel die politische Freiheit gefordert, um die „türkische Ordnung“ zu beseitigen, mit welcher man doch nicht auf die Befreiung anderer Länder ausgehen könne. Der Mann ist reif für Sibirien.

Italien.

Rom, 12. Jan. [Über das Breve, in welchem der altkatholische Bischof Herzog excommunicirt wurde.] schreibt man den „H. N.“: Da dasselbe reich an klassischen Schimpfwörtern ist, so hat das directe Organ Sr. Heiligkeit wahrscheinlich den Befehl erhalten, es nur in lateinischer Sprache wiederzugeben. Es ist an den Bischof Stephan von Lausanne, an die übrigen Bischöfe, an die Geistlichen und Gläubigen gerichtet, denen allen Pius P. P. IX. seinen Gruß und apostolischen Segen sendet und dem Gefühl des Abscheus Ausdruck giebt, welches ihn beseelt, seit er vernommen, daß im September vorigen Jahres ein Pseudo-Bischof einen andern Keizer, Namens Eduard Herzog, aus der Sorte, die den Namen „Neutatholiten“ usurpiert, in Rheinfelden gotteslästerlicher Weise zum Bischof geweiht habe, während die legitimen Bischöfe von Genf und Lausanne verhindert würden, ihren Ministerien vorzustehen und vertrieben worden seien. Die beiden Bischöfe werden in den Scripturen „Spizbuben“ genannt, welche die Schafe Christi stehlen und Scandale in der Kirche provozierten, und sie werden sodann excommunicirt und verflucht, ebenso wie alle, die ihnen bei ihren gotteslästerlichen Handlungen helfen. Dann ermahnt der Papst in dem Breve die geliebten Brüder und Söhne, dem katholischen Glauben treu zu bleiben.

[Wegen der Wahl des nach Spanien zu sendenden Nunnius] schwelen die Unterhandlungen noch. Die Regierung Don Alfonso's will den Gesandten Grafen Coello, über den die spanischen Pilger und die sie führenden Oberhirten sich beschwert haben, nicht abberufen, die Curie aber verlangt, daß sie dies thue und den ehemaligen Nunnius in Brüssel, Monsignore Cattani, acceytiere, der dort viel Unfrieden gestiftet haben soll und gegen dessen Ernennung jene protestirt. Der beim Vatican accreditede spanische Gesandte hat sich bisher vergeblich bemüht, einen Vergleich herbeizuführen und soll, weil ihm dies noch nicht gegückt, seinen Abschied fordern wollen.

[Der neue General-Vicar] hat befohlen, am 15., 16. und 17. d. M. in den Kirchen Roms zur Erinnerung an die vor 500 Jahren aus Avignon nach Rom erfolgte Rückkehr des Papstes Gregor XI. ein dreitägiges Gebet abzuhalten.

Frankreich.

Paris, 16. Januar, Abends. [Parlamentarisches und Ministerielles. — General Maurice. — Eine Civilbeerdigung. — Statistisches. — Zur Presse.] Das linke Centrum hat vor der heutigen Kammersitzung den ehemaligen Minister de Marceau zu seinem Präsidenten gewählt, und zwar mit 88 gegen 4 Stimmen. Leroux wurde mit 80 Stimmen zum Vicepräsidenten ernannt. Am nächsten Donnerstag soll den Senatoren und Deputirten das Gelbüch zugesellt werden. Der Justizminister ist zu seiner Erholung nach dem Süden abgereist; vorher ist er von zahlreichen Deputirten zu seinem Verhalten während der Debatte über die gemischten Commissionen begütigt gewünscht worden. Man demonstriert officiell das Gericht von dem Rücktritt des Marine-Ministers Fourichon. — Nach dem „Figaro“ wird der jetzige französische Vertreter in Washington, Bartoldi, durch den ehemaligen Consul in Alexandria, Max Dutrey, ersehen werden. — Der Kriegsminister hat sich endlich entschlossen, gegen den General Maurice in Arras, der bekanntlich vor mehreren Monaten in einer Threde die Deputirtenkammer beleidigte, einzutreten. Derselbe ist zur Disposition gestellt worden. — Gestern fand in Elbeuf die Civil-Beerdigung eines Mitgliedes der Ehrenlegion statt. Eine Infanterie-Abtheilung erwies dem Verstorbenen die militärischen Honneurs am Sterbehause, begleitete die Leiche aber nicht nach dem Kirchhofe. — Das Amtsblatt gibt Aufschluß über den französischen Aus- und Einfuhrhandel im Jahre 1876: 1876 1875
Die Gesamtausfuhr betrug 3950 M. 3536 M.
Die Gesamtausfuhr betrug 3569 " 3876 "

Eingegeführt wurden:
Nahrungsgegenstände 959 " 747 "
Naturprodukte und Rohstoffe 2310 " 2153 "
Fabricirte Gegenstände 496 " 466 "
Ausgeführt wurden:
Fabricirte Gegenstände 1931 " 2138 "
Naturprodukte, Nahrungsgegenstände und Rohstoffe 1448 " 1527 "
u. s. w. — In Marseille ist eine literarische Wochenschrift unter dem Titel „la Lanterne“ erschienen. Die Mitarbeiter sind sämlich radikale Schriftsteller; die erste Nummer enthält einen Brief Henri Rocheforts an den Herausgeber Taxil, welcher diesen ermächtigt, den Titel der alten Rochefortschen Wochenschrift anzunehmen.

Paris, 17. Jan. [Aus der Deputirtenkammer. — Zur Begnadigungsfrage. — Zur orientalischen Krise. — Mac Mahon nach Marseille. — Zur Volkszählung.] Die Deputirtenkammer hielt gestern nur eine kurze Sitzung, die zum größten Theile auf die Vorbereitung der künftigen Tagesordnung verwandt wurde. Zu einer flüchtigen Discussion boten nur zwei Gesetzesprojekte Anlaß: Man nahm in erster Lesung ein Gesetz an, wonach die Kolonien Guyana und Senegal wieder einen Vertreter in der Deputirtenkammer erhalten sollen; der Marineminister machte jedoch einige Einwendungen gegen die definitive Einführung einer solchen Bestimmung. In zweiter Lesung ging sodann, nach einer kurzen Debatte, an welcher Floquet und Chevandier Theil nahmen, ein Antrag Chevandiers durch, welcher verlangt, daß bei der Wahl der Generalräthe wie bei der Deputirtenwahl öffentliche Versammlungen abgehalten werden können. Dieses Gesetz wird vermutlich bald zur Anwendung kommen, da im Laufe dieses Jahres die Generalräthe hellweiss zu erneuern sind. Hierauf vertagte die Kammer sich bis nächsten Montag, da es ihr für den Augenblick an Berathungs-Sstoff fehlt. — Die einzige politische Frage, welche gegenwärtig die parlamentarischen Kreise beschäftigt, ist die Frage der Begnadigungen. Die reactionäre Presse ist höchst aufgebracht darüber, daß eine Verständigung zwischen dem Minnisterium und der republikanischen Mehrheit in Aussicht steht und daß Jules Simon den Vertretern der Linken versprochen hat, die Begnadigung werde sich großmäthig erweisen. Eine Schwierigkeit bleibt aber doch zu lösen. Die Partei Deputirten, an ihrer Spize Gambetta, verlangen, wie man weiß, daß die Begnadigungen sich auch auf diejenigen Theilnehmer des Aufstandes der Commune erstrecken können, welche sich ins Ausland geflüchtet haben und vor den Kriegsgerichten in contumaciam verurtheilt worden sind. Hier machen die Minister eine juridische Einwendung geltend. Das Contumacialurtheil ist nur ein provisorisches; es erhält erst dann einen definitiven Charakter, wenn der Verurtheilte sich dem Gerichte gestellt hat und sein Prozeß contradictorisch geschlichtet worden ist. Die Begnadigung, sagen Jules Simon und Mariel, kann erst nach einem definitiven Urtheil eintreten. Dieses Argument wird namentlich von der „République“ bekämpft. Die Ein-

wendung, meint das Gambetta'sche Blatt, könnte ihren Werth haben, wenn sie sich auf gewöhnliche Verurtheilten und auf eine normale Situation beziehe. Aber die Schwierigkeiten, denen man gegenübersteht, müssen nicht mit gewöhnlichem Maßstabe gemessen werden. Die Regierung möge sich also durch juristische Spitzfindigkeiten nicht irre machen lassen. Ist es übrigens nicht einleuchtend, daß ein Gnaden- gesuch von Seiten desjenigen, der dasselbe stellt, eine stillschweigende Anerkennung des Contumacialurtheils bedingt? Der Verurtheilten dieser Kategorie sind mehr als 4000. Sie sind in der ungeheuren Mehrzahl Arbeiter, gegen welche nur rein politische Anklagen vorliegen. Wie Hunderttausend Andere haben sie den Bataillonen der Commune angehört. Die Vergehen gegen das gemeine Recht sind unter ihnen sehr selten; es lassen sich kaum hundert Fälle aufführen. Was wird das Los dieser Männer sein? Da die Amnestie zurückgewiesen ist, können sie von keiner allgemeinen Maßregel Vortheil ziehen; und jetzt erklärt man, daß die Einzel-Begnadigung auf sie nicht anwendbar ist. Eine Hoffnung ist ihnen also untersagt. Aber, bemerkt man, sie können sich dem Gerichte stellen. Ist das ernsthaft gemeint? Man stelle sich diese Arbeiter vor, die meist nach großem Elend durch harte Arbeit dahin gelangt sind, im Auslande ihr tägliches Brot zu verdienen. Werden sie ihre Familien aufgeben, um sich einer langen Untersuchungshaft und einer fast gewissen Verurtheilung auszusetzen? Denn sie haben am Aufstand Theil genommen, und die Kriegsgerichte werden ihre bisherige Jurisprudenz nicht ändern. Uebrigens wäre die Regierung jedesfalls sehr in Verlegenheit, wenn diese Verurtheilten den einzigen Weg einschlagen, der ihnen offen steht, wenn alle Diejenigen, denen kein besonders schweres Vergehen zur Last fällt, sich entschlossen in Masse zurückzuföhren und sich den Richtern zu stellen. Die Gefängnisse würden sich füllen, die Kriegsgerichte würden in Permanenz bleiben. Macht man sich die Wirkung einer Reihe von 2—3000 Prozessen, die beständig die Erinnerung an die Commune herausbeschwören würden, klar? Ist vergleichs nach 6 Jahren noch möglich? empört das nicht den gefunden Menschenverstand? — Je näher in Konstantinopel die Entscheidung heranrückt, um so mehr steigt sich die Ungewissheit in der politischen Welt. Im Ministerium des Neuzeren sah man gestern sehr schwarz und diese Stimmung spiegelte sich in einer Note des „Moniteur“ ab, welche das Misstrauen der Conferenz als beinahe unvermeidlich darstellt. Als tröstlichen Umstand führt indes der „Moniteur“ an, daß das Einverständniß der europäischen Mächte sich als ein höchst solides herausgestellt habe, so daß ein europäischer Krieg durchaus nicht zu befürchten. Seitdem die Vertreter der Mächte ihre Forderungen an die Türkei in so überraschendem Maße eingeschränkt haben, vermindert sich natürlich die Sympathie, welche die Pforte bei einem Theile der Presse gefunden, bedeutend und die Journals sind einig darin, daß es jetzt an der Türkei ist, sich nachgiebig zu zeigen. Daß sie das thun werde, wird freilich von den Meisten sehr bezweifelt. Nur die „République française“ ist von einem unzertörbaren Optimismus beseelt und sie spricht heute die feste Überzeugung aus, daß die Verhandlungen in Konstantinopel mit der Annahme der europäischen Vorschläge enden werden. — Der Bürgermeister von Marseille ist augenblicklich hier. Mac Mahon hat ihm versprochen, im Laufe der nächsten parlamentarischen Ferien diese Stadt zu besuchen, Jules Simon wird wahrscheinlich den Präsidenten der Republik begleiten. — Bei der eben beendeten Volkszählung hat sich herausgestellt, daß gegenwärtig über 60,000 Deutsche sich in Paris aufzuhalten.

Paris, 17. Jan. [Deutsche Zustände in französischem Lichte.] Die deutschen Wahlen, schreibt man der „R. Z.“, erzeugen einzelne felsame Commentare. Die „République française“ kommt zu dem Schluß, Liberale gebe es in Deutschland gar nicht mehr, aus-

genommen Herrn — Sonnemann, und der habe ganz Recht gehabt,

sich vom Kampfplatz zurückzuziehen. Uebrigens thielten die Franzosen praktisch die Wahlergebnisse nur in zwei Kategorien: erstens solche, die für Bismarck, und zweitens solche, die gegen ihn zählen, und sie meinen zu finden, daß die letzteren nach wie vor die Mehrheit bilden.

Die legitimistische „Union“ wünscht Bismarck wieder den Kopf: seine Haltung in Stambul sei für „uns“, d. h. für die Legitimisten und Jesuiten, wichtiger als der Widerstand der Pforte, „den man leicht hätte brechen können, wenn die orientalische Frage nicht für Berlin der Vorwand wäre, andere wichtige Fragen des europäischen Gleichgewichts hervorzurufen“. Was die „Union“ unter letzterer versteht, verschweigt sie weislich; das sromme Publikum kann sich aber darunter das Schrecklichste, was ihm gerade einfällt, denken.

„Viel public“ ist der Ansicht, daß „die Sprache des Herrn v. Werther“ direkt mit den Wahlen vom 10. Januar im Zusammenhange stehe; um dieser furchtbaren Opposition nicht weichen zu müssen, suche Bismarck gern neue Verwicklungen im Osten; denn die Fortschrittsmänner, die Ultramontanen, die Socialisten, die Elässer, die Polen, die Dänen, kurz, alle Missvergnügt und Reichsfeinde bilden eine imposante Minderheit, mit welcher der Kanzler zu rechnen sich genöthigt sehn wird.“ So sieht deutsche Politik im französischen Spiegel aus!

[Clericales.] Gegen einige kleinere Geistliche scheint die Regierung jetzt einschreiten zu wollen. Zu diesen gehört der Pfarrer von St. Breuc, der von der Kanzel herab den Hirtenbrief des Bischofs dieser Stadt vortrug, worin die „bestehenden Institutionen“ auf das heftigste angegriffen werden. Der Justizminister Marcel ordnet dieserhalb eine Untersuchung an.

Osmanisches Reich.

[Die Zustände in Bulgarien.] Das „W. Fr.-Bl.“ ist in

der Lage, den Saadullah Bey über die Zustände in

Bulgarien abgestattet hat, mitzuhören; derselbe lautet:

Übertragung eines Berichtes Sr. Excellenz Saadullah Beys

an den Großbezirker.

Hoheit! Durch Ihr Telegramm vom 9. November d. J. haben Eure

Höheit uns aufgefordert, Ihnen ohne Verzug detaillierte und genaue Aus-

fünfte über die Anzahl der in Brand gesteckten Häuser, deren Wiederaufbau

ebenso über die Localitäten, wo die obdachlosen Familien untergebracht

werden sollen. Gemäß diesem Befehl haben wir die Ehre, Euer

Hoheit den umfassenden hier beiliegenden Bericht zu unterbreiten, der nach

den Berichten der zu diesem Zwecke ausgesuchten Unter-Commissäre zu-

sammengestellt wurde.

Aus diesem Berichte ergibt sich, daß die durch die letzten Ereignisse am

bürtigen mitgenommenen Distrikte die von Philippopol und Bazardjitsch

bestanden, von den 9475 Häusern, aus denen die 54 Dörfer dieser zwei Distrikte

wurden, 5300 eine Brute der Flammen. Von dieser Anzahl

wurden 1598 Häuser wieder aufgebaut und 1014 andere werden eben ge-

baut. Die Arbeiten dabei werden mit dem größten Eifer und unter der

Leitung von zahlreichen Agenten und Comites vollführt und man

darf daher hoffen, daß, wenn das schöne Wetter es zuläßt, so werden sie

binnen kurzer Zeit schon vollendet dastehen.

Die Frage wegen der Unterbringung der Opfer der Feuersbrunst wird

man dann als eine nach der befriedigendsten Art geregelte betrachten

können. Da es aber besser ist, sich auf schon erworbene Resultate zu be-

ziehen, als mit Wahrscheinlichkeit zu rechnen, so werden wir unsere An-

gaben auf den jetzigen Stand der Dinge begründen. Wohlan, da die Zahl

der Häuser, die durch die Feuersbrunst nicht zerstört wurden, hinzugefügt

zur Anzahl derjenigen, die so eben aufgebaut wurden, sich auf mehr als die

Jahre der ursprünglichen Häuser erhebt, so folgt daraus, daß für dieses

Wesen. Es ist jedoch zu bemerken, daß alle Häuser nicht in der gleichen

Weise durch das Feuer gelitten haben; einige davon nämlich wurden nur

teilweise und andere wieder gänzlich zerstört. Folglich wird sich die oben-

erwähnte Verfügung nicht auf alle Dörfer zugleich beziehen können. Bei diesen Bedingungen wird es daher nothwendig sein, entweder die Leute, die kein Unterkommen haben, anderswohin zu transportieren, oder die Baraden so herzustellen, um sie für die rauhe Winterszeit bewohnbar zu machen.

Auch hat die Commission an die verschiedenen Comite's die Instruction ertheilt, die Bewohner jener Dörfer, deren Häuser nicht fertig wurden, in benachbarte Localitäten zu verlegen, ihnen alle nötigen Erleichterungen, als: die Transportirung der Kinder, der Alten und Kranken in die Wohnungen mittelst Wagen, ebenso auch der Lebensmittel, die ihnen schon verabreicht wurden, oder die erst an Diejenigen, welche so noch nicht erhalten haben, vertheilt werden sollen, damit sie nicht ihren Wägen zur Last fallen. Der grösste Theil der Bauern hat jedoch vorgezogen, den Winter in ihren Dörfern zu verleben, um ihre Sachen in Ordnung zu bringen, und da man sie doch nicht mit Gewalt überredet hatte, so hielt man es für passend, die Baraden in den Dörfern, wo die Anzahl der Häuser keine hinreichende war, bequemer zu machen. In der Folge haben dann die Commissäre als fertere Instructionen erhalten, die schulden Bauern nur dann in die Häuser zu vertheilen, wenn dieselben hinreichend sind; im entgegengesetzten Falle aber die schon vorhandenen Baraden zu reparieren, und in jenen Dörfern wieder, wo diese doppelte Maßregel nicht anwendbar ist, die obdachlosen Leute in benachbarte Dörfer zu verlegen.

Special-Agenten wurden auch schon aufgestellt, damit sie über die genaue und gute Durchführung dieser Verfügungen wachen sollen. Da die Bauern eben mit dem Wiederaufbau ihrer Häuser beschäftigt sind, so kann man nicht schon jetzt und noch bevor die Arbeiten vollendet wurden, die Anzahl derjenigen, die sie beherbergen werden, kennen, ebenso auch nicht die, welche nach andern Dörfern versetzt werden sollen; jedoch lassen uns große Wahrscheinlichkeiten und der gute Fortschritt der Arbeiten hoffen, daß man nicht lange mehr zu dem Mittel der Übersiedlungen seine Zuflucht wird nehmen müssen. Unsere Agenten sind nun beauftragt, sich nach der Unterbringung der Bauern zu erkundigen, ebenso auch nach den Garantien, daß ihre neuen Wohnungen Sicherheiten gegen die Rauhheiten des Winters darbieten. Wir behalten uns vor, Eurer Hoheit diese Auskünfte, welche in den von den Machtar's (Altesten) eines jeden Dorfes erlassenen Certificaten angegeben sein werden, zutreffen zu lassen.

Die am härtesten mitgenommenen Dörfer und die dadurch unsere ganze Aufmerksamkeit, ebenso auch unsere Sorgfalt verdienenden, sind die Dörfer Batak, Paradijsch-Derbend und Perasiflsha. In Batak wurden 260 Häuser schon gebaut, während der Rest eben im Bau ist. Die Bewohner dieses Dorfes wurden alle in ihren eigenen Wohnungen untergebracht, mit Ausnahme von fünf oder zehn Familien, die bis zur Vollendung ihrer Wohnungen in bequemen Baraden untergebracht wurden. Was dann Paradijsch-Derbend betrifft, so wurden seine Bewohner, da sie zum grössten Theile Industrielle und Kaufleute sind, nur provisorisch untergebracht, und zwar die einen in Karbava und die Anderen wieder in Afosche-Aljifa oder anderswo; diejenigen, die das Dorf nicht verlassen haben und daher in Hütten untergebracht wurden, wurden jetzt, wie uns unser Special-Commissär berichtet, in dem Gebäude, das erst neulich in diesem Dorfe aufgeführt war, untergebracht, worauf man die Hütten gänzlich austrieb. Ebenso wurden auch im Dorfe Perasiflha, da man mit dem Bau von 89 Häusern daselbst schon fertig ist, die Bewohner dafelbst schon teilweise untergebracht; die Anderen hingegen, die nun nicht wollten, trotz des Ratbes der Behörden, sich in die benachbarten Dörfer zu begeben, denen wurden die Baraden wieder repariert, bis die Wohnungen fertig gestellt werden. Man sieht nun aus dem, was hier vorangestellt, daß die Bevölkerung dieser drei Dörfer, welche durch die Anzahl ihrer Bewohner und die Größe ihres Umfangs die bedeutendsten sind, in diesem Augenblicke beinahe schon gänzlich bei sich selbst untergebracht ist. Was dann die Nebendorfer betrifft, als: Schönlin, Jenkōji, Tschent, Usundzha-Keren, Bindschirli und Derelli, deren Wiederaufbau noch nicht so weit vorgerückt ist, so arbeiten man dort mit unermüdlicher Thätigkeit.

Was dann die Districte von Selimno, Sofia und Turnowa betrifft, so hat der erste dieser Districte nur ein zerstörtes Dorf gehabt, das von Bogabschik nämlich; von den 108 Häusern darin, die angezündet wurden, sind 86 schon aufgebaut und acht andere werden eben jetzt erst gebaut. In dem Vilajet von Sofia hat das Dorf Ramanitscha, das von Iszadi abhängt, sieben in Brand gestellte Häuser gehabt, Ismojotia 21, Kazlitschka 9, Nataobitscha 40 und Falona 32; alle diese Häuser, mit Ausnahme der von Nataobitscha und Falona, sind schon wieder aufgebaut worden.

In dem Sandchal von Turnoba ist nur der District von Serbi allein

durch das Feuer zerstört worden; sechs von seinen Dörfern hatten 541 Häuser in Alje verändert. Außerdem sind in zwei Dörfern des Districtes von Gabrova 15 Häuser abgebrannt; unterdessen, da die Anzahl der Wohnungen, die nicht beschädigt worden, 3000 beträgt, so teilen uns die Ortsbehörden mit, daß alle mitgenommenen Familien ein Unterkommen in denselben Dörfern gefunden haben. Aus dem Vorhergegangenen ergibt sich nun, daß, da die angezündeten Häuser von Selimno, Sofia und Turnoba nur wenige sind, so hat man deren Bewohner leicht unterbringen können, und was dann die Bevölkerung der in der Umgebung von Philippopol und Bajarschik liegenden Dörfer betrifft, so wurden die Schwierigkeiten ihrer Unterbringung schon ausglichen, und laufen die mitgenommenen Familien keine Gefahr mehr, während der rauen Jahreszeit schullos gelassen zu werden, und verdanken sie dies den energischen Maßregeln, die Euer Hoheit unter den Aufsicht der bereits erlangten Tüchtigkeit und Gewandtheit auf einem Besuchmarsch nach dem nahen Hermsdorf u. s. w. ab und erwartet sich dort nicht nur die Achtung der dort ebenfalls im Laufe des vergangenen Jahres erstandenen jungen Feuerwehr, sondern auch den lauten Beifall der Bewohner des ansehnlichen Nachbarortes. Möge der Badeort immer weiter forschreiten auf der Bahn gemeinnütziger kommunaler Einrichtungen.

=ch= Oppeln, 18. Jan. [Zur Schulauflösung.] Der seit dem Abschluß des Kreis-Schulinspector Halama von dem Kreis-Schulinspector Dr. Montag hierher mittverwaltete Kreis-Schulinspector für den nördlichen Theil des bisherigen Kreises, wird nunmehr spätestens zum 1. J. M. wieder definitiv besetzt werden und zwar durch den gegenwärtig in Rosenburg O.S. fungirenden Kreis-Schulinspector Schreiber. In des legeren Stelle, welche die sämmtlichen Elementarschulen, Privatunterrichts- und Erziehungs-Institutionen im Kreise Rosenberg, sowie die katholischen Elementarschulen im Kreise Czreuzburg umfaßt, tritt als commissärlicher Kreis-Schulinspector der seitherige Rector an der Bürger-Töchter-Schule, Faust, zu Thorn.

[Notizen aus der Provinz.] * Hultschin. Von hier wird dem Ob.

Anz. geschrieben: Im Freiherrn von Rothschild'schen Vorwerke Morawetz

bei Beneckau brachte eine Kuh drei Kalber zur Welt, welche frisch und munter sind. — Die Kinderfrankheiten, namentlich Diphteritis, grassieren hier und in der Umgegend sehr stark und fordern ihre Opfer; heute liegen 9 Kinderleichen auf der Bahre. — Es liegt uns ein Brief vor, welcher am 8. d. hier zur Post nach Annaberg aufgegeben wurde und am 17. d. als unbestellbar zurückgelommen. Obwohl Annaberg nur 1½ Meile von hier entfernt ist, wanderte der Brief zuerst nach Annaberg bei Lobschnitz und Annaberg in Sachsen, ehe man ihn nach Annaberg bei Hultschin sandte, und inzwischen ist Abrejat ausgewandert.

+ Gleiwitz. Die ultramontane „Volksstimme“ schreibt: Am 12. d. M. stand der Redakteur dieses Blattes vor dem Drei-Männer-Gericht, um sich wegen eines Artikels zu verantworten. Derselbe wurde auf Grund des § 184 des Str.-G.-B. zu einer vierwöchentlichen Gefängnisstrafe verurtheilt, obwohl die Königl. Staatsanwaltschaft nur eine Strafe von 100 M. event. 10 Tage Gefängnis in Antrag gebracht hatte.

△ Katowitz. Von hier wird der ultram. „Volksstimme“ berichtet:

Am 17. d. M. mußte sich Herr Dr. Schmidt wegen Verleugnung des Preßgesetzes und § 148 der Gewerbe-Ordnung verantworten. Wegen der in dieser Zeitung schon gemeldeten Weißwasser-Affaire hatte derselbe für Dienstag, den 9. d. in einer Versammlung aller selbstständigen kathol. Männer von Katowitz in den Saal der Bonif'schen Restauración berufen. Die Zeitel, welche jene Versammlung ankündigten, ließ er aus naheliegenden Gründen nicht hieraussondern b. Lachmann i. Molowitschriden. Leider vergaß der Drucker in der Eile die Firma und den Druckort anzugeben. Als nun am Dienstag die ersten Zettel an den Strafenkabinett angelegt waren, bemerkte die Polizei den schlimmen Fehler und casste sofort 1 Cremplar. Der Zeitelieb erilte zum H. Pfarrer und berichtete das Geschehene. Der Fehler wurde nun freilich an den übrigen Cremplaren durch die betreffende Druckerei verbessert, — allein die Strafe sollte doch nicht ausbleiben.

Berlin, 18. Jan. Der heutige Verkehr zeigte sich so geringfügig, daß

eine bestimmte ausgeprägte Tendenz nicht zum Ausdruck gelangen konnte, doch neigte die Börse im Allgemeinen mehr zur Festigkeit. Die einzige Ausnahme, die wir zu constatiren haben, bildeten die österr. 1860er Löste, für welche sich die Speculation recht lebhaft interessierte. Es gelang ihr denn auch den Cours für 1860er Löste und zwar verhältnismäßig nicht ganz unbedeutend in die Höhe zu treiben. Der Goldstand bewahrt im Großen und Ganzen seine Flüssigkeit, wiewohl der Discont am offenen Marte heut um 1% anging. Das Geschäft in Disconten dreht sich an der Börse lediglich um allererstes Papier und nur hiervon zeigte sich einiger Mangel. Der heut veröffentlichte Ausweis der Reichsbank gibt den Beweis, daß die Ansprüche an den Goldmarkt noch immer im Abnehmen begriffen sind. Die aus Paris gemeldete Festigkeit der dortigen Börse verhindert hier nicht. Als Grund für dieselbe wird die Übernahme des Meisters des Oesterr. Goldrenten seitens eines Pariser Consortiums angeführt. Die internationalen Speculations-Papiere hielten sich unter sehr geringfügigen Schwankungen im gestrigen Riveau. Oesterreichische Staatsbahn und Oesterreichische Credit-Aktionen standen überhaupt nur Beobachtung.

Die österr. Nebenbahnen befunden eine feste Haltung und erhöhten vielfach die Notirung. Galizier gingen zu etwas herabgesetztem Course regen. In localen Speculationseffekten blieb der Verkehr sehr gering und vermochten die Course sich nicht voll zu behaupten. Dortmundner Union erwies sich sogar als matt. Disconto-Commandit 107,60, ult. 107,25 bis

107,50—107,10—107,25. Laurahütte 70,50, ult. 70,75,—70,50. Von den ausländischen Staatsanleihen waren österr. Wertpapiere in den Tagen zuvor beliebt. Neben 1860er Lösten zeigten sich Goldrente und Papierrente bevorzugt. Russische Wertpapiere ließen etwas nach, trotzdem aus London bessere Notirungen vorlagen. 5 proc. Anleihe 81,60—81,75—81,50—81,75. Preußische und andre deutsche Staatspapiere ruhig, aber fest. Das Geschäft in Eisenbahn-Prioritäten war von mäßigem Umfang. Preußische Prioritäten im allgemeinen recht fest, Leipziger wiederum sehr begehr, unter den auswärtigen Prioritäten konnten sich nur galizische einer regen Nachfrage erfreuen. Russische meist etwas schwächer. Auf dem Eisenbahnmarkte fanden nur vereinzelte Devisen mehr Aufmerksamkeit, Stettiner bei lebhafter Gejäge wiederum steigend, ebenso Halberstädter begehr und über Cours bezahlt, auch Anhalter besser, Botsdamer gaben dagegen etwas nach. Leichte Bahnen vielfach steigend. Bankaktionen nur mäßig belebt, Braunschweiger Bank belebt und höher, Preußische Hypo-

Provinzial- Zeitung.

= Breslau, 19. Januar. [Rinderpest.] Aus Oppeln schreibt man uns: Im Interesse der Sache wie des Publikums erläutern wir auf folgende Information an kompetenter Stelle die bereits gestern gemeldeten Sicherheitsmaßregeln, über welche vielseitige Anfragen gestellt werden, dahin, daß abgesehen von der absoluten und relativen Sperrung der Gehöfte und Dörfer — für den ganzen Umfang des Reg.-Bezirks die Viehmärkte, so

heilen-Actienbank zu besserem Course in keinem Verlebte. Deutsche Bank ging lebhaft um, Wiener Unionbank erzielend, Gewerbebank in guter Frage und steigende, Antwerpener Centralbank gut behauptet, Sächsische Bank niedriger, Berliner Handelsgesellschaft matt. Industriepapiere ruhig. Continental-Pferdebahn gefragt. Große Berl. Pferdebahn weichend, Centralstraße begreift. Berliner Spediteurverein rege gefragt, Deutscher Eisenbahnbau steigend und nach Feststellung des Courses über Notiz bezahlt. Egels Maschinen besser, Anhalter Maschinen steigend. Stollberger Zink, Hörderberg-Zinn und Braunschweigische Kohlen besser, Centrum hatte zu etwas mattenen Coursen recht lebhaftes Geschäft aufzuweisen.

Um 2½ Uhr: Still, Credit 230,50 Lombarden —, Franzosen 295, Reichsbank 154, Disconto-Commodit 107, Laurahütte 70,60, Köln-Mindener 100,60, Rheinische 110,25, Bergische 80, Rumänen 14,50, Türken 11,75, Italiener 71,10, 5% Russen 81,50, Österreich. Goldrente 60,50, Silberrente 54,50, Papierrente 49,50.

Telegraphische Course und Börsennachrichten.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Paris, 18. Jan. Abends. Boulevard-Berkehr. Syroc. Rente 71,42, und 106,38, Türk. der 1865 11,57, Egyptier 252, 50, Banque ottomane 376, 25, Italiener 70, 45. Mait.

Frankfurt a. M., 18. Jan. Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. [Schluß-course.] Londoner Wechsel 204, 12. Pariser Wechsel 81, 30. Wiener Wechsel 161, 65. Böhmisches Westbahn 138%. Elisabethbahn 112%. Galizier 168. Franzosen*) 197%. Lombarden*) 61%. Nordwestbahn 95%. Silberrente 54%. Papierrente 49½%. Russische Bodencredit 79%. Russen 1872 84%. Amerikaner 1885 101%. 1860er Loope 99. 1864er Loope 245, 00. Creditactien*) 115%. Österreichische Nationalbank 651, 50. Darmst. Bank 99%. Berliner Bankverein 88%. Frankfurter Wechslerbank —. Österreichische Bank —. Meiningen Bank 69%. Hessische Ludwigsbahn 96%. Überhafen —. Ungarische Staatsloose 135, 50. do. Schatzanweisungen 81%. do. Schatzanweisungen neue 79. do. Oktaba-Obligationen II. 56%. Central-Pacific 98%. Reichsbank 152½%. Silbercoupons —. Goldrente 60%.

Lustlos, wenig belebt.

Nach Schluß der Börse: Creditactien 115%, Franzosen 198%, 1860er Loope 99%, Silberrente —, Papierrente —, Galizier —, Lombarden —, Goldrente 60%.

* ver medi resp. per ultimo.

Hamburg, 18. Jan. Nachmittags. [Schluß-Course.] Hamburger St.-Br.-Act. 115%, Silberrente 55, Goldrente 60%, Credit-Actien 115, 1860er Loope 100, Franzosen 495, Lombarden 153, Ital. Rente 71, Vereinbank 117, Laurahütte 70%, Commerz 99, Norddeutsche 122%, Anglo-deutsche 43, Internationale Bank 84%, Amerikaner de 1885 96%, Köln-Minden 100%, Rhein-Eisenbahn do. 110%, Berg.-Mark. do. 80, Disconto 2% vgt. Schluf fest.

Hamburg, 18. Jan. Nachm. [Getreidemarkt.] Weizen loco still, auf Termine flau. Roggen loco ruhig, auf Termine flau. Weizen pr. April-Mai 224 Br., 223 Gd., pr. Mai-Juni per 1000 Kilo 226 Br., 225 Gd. Roggen pr. April-Mai 164 Br., 163 Gd., pr. Mai-Juni per 1000 Kilo 163 Br., 164 Gd. — Hafer ruhig. — Gerste matt. — Rüböl matt, loco 77½, pr. Mai pr. 200 Bfd. 76%. — Spiritus feit, pr. Januar-Februar 44%, pr. Februar-März 44%, pr. April-Mai 45, pr. Mai-Juni pr. 100 Liter 100% 45. Kaffee fest, Umsatz 3000 Sad. Petroleumkraft Standard white loco 20, 25 Br., pr. Januar 20, 00 Br., pr. Februar-März 18, 50 Br. — Wetter: Frühstück.

Liverpool, 18. Jan. Vormittags. [Baumwolle.] (Ansangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 10,000 Ballen. Unverändert. Tagesimport 31,000 Ballen amerikanische.

Liverpool, 18. Januar, Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 10,000 Ballen, davon für Speculation und Export 2000 Ballen. Ruhig.

Middl. Orleans 7½, middl. fair Orleans —, middl. amerikanische 6½, fair Dhollerah 5%, middl. fair Dhollerah 5%, good middl. fair Dhollerah —, good middl. Dhollerah 5%, middl. Dhollerah 5%, fair Bengal 4%, good fair Broach —, new fair Domra 5%, good fair Domra 5%, fair Madras 5%, fair Bernam 7%, fair Smyrna 5%, fair Egyptian 6%, good fair Egyptian —.

Paris, 18. Jan. Mittags. Rohzucker matt, Nr. 10/13 pr. Jan. pr. 100 Kilogr. 73, 00, Nr. 7/9 pr. Jan. pr. 100 Kilogr. 78, 00. Weißer Zucker weichend, Nr. 3 pr. 100 Kilogramm pr. Januar 82, 50, pr. Februar 82, 50, pr. Januar-April 83, 25, pr. März-Juni —.

London, 18. Jan. Havannazucker flau.

Newyork, 18. Januar, Abends 8 Uhr. [Schluß-Course.] Gold-Agio 6%. Wechsel auf London 4, 83½. ½% Bonds de 1885 109%, ditto 5% fundierte Anleihe 112%. ½% Bonds de 1887 113½. Erie-Bahn 9%. Baumwolle in Newyork 13%, do. in New-Orleans 12½. Raff. Petroleum in Newyork 26%. Raff. Petroleum in Philadelphia 26%. Mehl 6, 15. Mais (old mixed) 63. Rother Frühjahrswizen 1, 48. Caffee Rio 20%. Has-vanna-Zucker 9%. Getreidefracht 6. Schwatz (Marke Wilcor) 11½%. Speck (short clear) 9%.

Antwerpen, 18. Jan. Nachmittags 4 Uhr 30 Min. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen ruhig. Roggen stetig. Hafer matt. Gerste weichend.

Antwerpen, 18. Jan. Nachmittags. [Petroleummarkt] (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 48½ bez. 49 Br., pr. Januar 48½ bez. u. Br., pr. Februar 48½ bez. u. Br., pr. März 45½ bez., 46 Br., pr. April 46 Br. — Weichend.

Bremen, 18. Jan. Nachm. [Petroleum] besser. (Schlußbericht.) Standard white loco 19, 50 à 19, 75 bez., pr. Januar 19, 50 à 19, 75 bez., pr. Februar 19, 50 à 19, 75 bez., ver März 18, 10 à 18, 30 bez. bezahlt, pr. Februar 19, 50 à 19, 75 bez., ver März 18, 10 à 18, 30 bez.

Breslau, 19. Jan. 9% Uhr Worm. Am deutigen Markt war die Stimmung für Getreide ruhig, bei schwachen Zuführern und unveränderten Preisen.

Weizen, nur seine Qualitäten preishaltend, pr. 100 Kilogr. schlesischer weißer 17,10 bis 19,30—21,50 Mark, gelber 17,10—19,10—20,90 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen in matter Stimmung, pr. 100 Kilogr. neuer 15,60 bis 17,30 bis 18,00 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Gerste ohne Aenderung, pr. 100 Kilogr. neue 13,60 bis 14,80 Mark, weiss 15,20—15,80 Mark.

Hafer schwach preishaltend, pr. 100 Kilogr. neuer 13,50—14,60—15,50 Mark.

Mais blieb offerirt, pr. 100 Kilogr. 11,20 bis 12,20 bis 13,50 Mark. Erbsen, keine Qualitäten mehr beachtet, pr. 100 Kilogr. 12—13,50 bis 15,20 Mark.

Bohnen mehr beachtet, pr. 100 Kilogr. 15,70—17,00—18,00 Mark.

Luvinen mehr offerirt, pr. 100 Kilogr. gelbe 9,50—10,50—11,20 Mark, blaue 9,30—10,40—11,00 Mark.

Wizen in matter Haltung, pr. 100 Kilogr. 13—14—15 Mark.

Delsaaten in fester Haltung.

Schläglein mehr beachtet.

Bro 100 Kilogramm netto in Mark und Pf.

Schlag-Leinwand 26 50 25 — 22 50

Winteraps 33 50 31 50 30 50

Winterlühnen 33 — 30 — 29 —

Sommerrüben 31 — 29 — 28 —

Leindotter 27 — 26 — 23 50

Rapsflocken ruhiger, pr. 50 Kilogr. 7,20 bis 7,60 Mark.

Leinluchen unverändert, pr. 50 Kilogr. 9—9,50 Mark.

Kleefasen schwach zugeführt, rother sehr fest, pr. 50 Kilogr. 59—69 bis 75—80 Mark, weißer unverändert, pr. 50 Kilogr. 62—71—79—86 Mark, hochfeiner über Notiz.

Thymothée unverändert, pr. 50 Kilogr. 23—27—30 Mark.

Mehl ohne Aenderung, pr. 100 Kilogr. Weizen sein alt 33 bis 34 Mark, neu 29—30 Mark, Roggen sein 26,75—27,75 Mark, Haubbaden 25,75—26,75 Mark, Roggen-Futtermehl 10,00—11,00 Mark, Weizenkleie 8 bis 9 Mark.

Witterungsbericht vom 18. Januar.

7—8 Uhr Morgens.

Temperat. ° Celsius.	Wind.	Wetter.
— 5	SD mäßig.	ganz bedeckt.
— 2	SD schwach.	ganz heiter.
0	SD stark.	halb bedeckt.
— 1	W mäßig.	ganz heiter.
— 4	SD leicht. Zug.	ganz heiter.
— 1	S leicht.	ganz heiter.
— 1	S leicht.	dreibiertel bedeckt.
— 3	SW leicht.	Nebel.
— 2	N schwach.	ganz bedeckt.

Barometer überall langsam fallend, Nordosten und Mittelrhein trübe, etwas wärmer, sonst allgemein heiter und kälter. Fast ganz Deutschland glinger Frost.

Berliner Börse vom 18. Januar 1877.

Fonds- und Geld-Course.

Imperial-Anleihe	4½%	104,10	ba
do. de 1876	4	95,40	bzG
staats-Anleihe	4	96,70	—
Staats-Schuldscheine	3½%	92,7	—
staats-Anleihe v. 1853	4	110,50	bzG
berliner Stadt-Oblig.	4½%	102,10	ba
Pommersche	4	101,40	bz
do.	3½%	93,50	bzG
do.	4	95,75	bzG
do.	4½%	102 B	—
Posensche	4	94,50	bzG
Schl.-Sache	3½%	84,75	G
Landsh.-Central	4	93,10	ba
Kar. u. Neumärk.	4	95,20	bz
Pommersche	4	95	bz
Preussische	4	95 G	—
Prussia	4	95 G	—
Westf. u. Rhein.	4	98,60	B
Sächsische	4	96 B	—
Schlesische	4	95,40	G
Sachsen-Präm.-Anl.	4	121 b	bzG
Österlische 4% Anleihe	4	123,90	bzG
Östl.-Mind.-Prämienabs.	3½%	108,30	ba
Sachs. Rente von 1876	3	70,90	bz

Amsterdam 100FL

London 1 Lstr.

Paris 100 Frs.

Petersburg 180RS.

Warschau 100RS.

Wien 100 FL

do. dn.

do. L.-Zsch.-Ord. 4½%

Aachen-Maastricht

Berg.-Märkische

Berlin-Anhalt

Berlin-Dresden

Berlin-Görlitz

Berlin-Hamburg

Berl. Nordbahn

Berl.-Potsd.-Magdebg.

Berl.-Stettin

Böh.-Westbahn

Böhm.-Westbahn

Breslau-Freib.

Cöln-Mind.

Cuxhaven-Eisenb.

Dux-Bodenbach.

Gal.-Carl-Ludw.-B.

Halle-Sorau-Gub.

Hannover-Altenb.

Kaschau-Oderberg

Kronpr. Rudolfs.